

Landkreis Vorpommern-Rügen

4. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:
Kreistagsfraktion BfS/FDP/VR+

Vorlagen Nr.:
A/4/0067

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	21.07.2025

Antrag der Kreistagsfraktion BfS/FDP/VR+: "Differenzierte Analyse der Ausgaben im Jugend- und Sozialbereich"

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag Vorpommern-Rügen beauftragt die Verwaltung, eine differenzierte Analyse der Ausgaben im Jugend- und Sozialbereich vorzulegen, die folgende Punkte berücksichtigt:
 - Identifikation von Einsparpotenzialen und Effizienzsteigerungen, ohne die Qualität der Kernleistungen zu gefährden,
 - Darstellung der durch Bundes- und Landesgesetze verursachten Mehraufwände und deren Finanzierungsanteile, insbesondere im Bereich der Eingliederungshilfe, Jugendhilfe und sozialer Grundsicherung,
 - Prüfung von Doppelstrukturen und unnötigen bürokratischen Anforderungen innerhalb der Verwaltung,
 - Berücksichtigung der besonderen Belastungen durch Leistungen an Personen, die nicht oder nur teilweise in die Sozialsysteme eingezahlt haben (z. B. Asylbewerber, EU-Bürger ohne Sozialversicherungspflicht), inklusive der jeweiligen Finanzierungsverantwortlichkeiten.
2. Der Kreistag fordert die Bundesregierung und die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern auf:
 - die Finanzierung der übertragenen Aufgaben im Jugend- und Sozialbereich gemäß dem Konnexitätsprinzip sicherzustellen,
 - - für Leistungen an nicht beitragszahlende Leistungsempfänger klare und auskömmliche Finanzierungsregelungen zu schaffen,
 - - bürokratische Vorgaben zu reduzieren und die Kommunen bei der Umsetzung von Sozialgesetzen besser zu entlasten,
 - - den kommunalen Finanzausgleich so anzupassen, dass Mehraufwände nachhaltig ausgeglichen werden.
3. Der Landrat wird beauftragt, die Interessen des Landkreises gegenüber Bund und Land entsprechend zu vertreten und regelmäßig dem Kreistag Bericht zu erstatten.

Begründung:

Der Jugend- und Sozialbereich verursacht den größten Teil der strukturellen Defizite im Landkreis. Viele Ausgaben steigen aufgrund neuer gesetzlicher Vorgaben auf Bundes- und Landesebene, die nicht immer voll finanziert sind.

Ein besonderer Kostentreiber sind Leistungen an Personen, die nicht oder nur teilweise in die Sozialversicherungssysteme eingezahlt haben, wie beispielsweise Asylbewerber oder EU-Bürger ohne Versicherungspflicht. Die Finanzierungsverantwortung hierfür ist oftmals zwischen Bund, Land und Kommunen verteilt, was die Haushaltsplanung erschwert.

Der Landkreis trägt durch die Umsetzung der Sozialgesetze eine große Verantwortung, hat aber nur begrenzten Einfluss auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die zugewiesenen Mittel.

Nur durch eine klare Abgrenzung von Zuständigkeiten, eine transparente Ausgabenanalyse und gezielte politische Forderungen kann der Landkreis nachhaltig entlastet werden.

gez. Gerd Scharmberg
Fraktionsvorsitzender
Fraktion BfS/FDP/VR+